

BEEG

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz

Kommentar

Herausgegeben
von

Bernd Wiegand

Rechtsanwalt,
Präsident des Hessischen Landessozialgerichts a.D.

bearbeitet
von

Prof. Dr. Eberhard Jung

apl. Professor an der Universität Gießen,
Hauptabteilungsleiter a.D. bei der Berufsgenossenschaft
der Bauwirtschaft

Bernd Wiegand

Rechtsanwalt,
Präsident des Hessischen Landessozialgerichts a.D.

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

[ESV.info/978 3 503 09780 7](http://ESV.info/9783503097807)

ISBN 978 3 503 09780 7

ISSN 1863-9682

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2014

www.ESV.info

Satz: multitext, Berlin

Druck: Meta Systems, Wustermark

Vorwort

Mit dem am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen **Gesetz zur Einführung des Elterngeldes** vom 5. Dezember 2006 wird das von der Bundesregierung beschlossene Elterngeld eingeführt. Das in Artikel 1 dieses Gesetzes enthaltene **Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit (BEEG)** löst das **Bundeserziehungsgeldgesetz (BERzGG)** vom 6. Dezember 1985 ab. Die Bundesregierung richtet damit ihre familienpolitischen Leistungen neu aus. Damit soll erreicht werden, Familien bei der Sicherung ihrer Lebensgrundlage zu unterstützen, wenn sich die Eltern vorrangig um die Betreuung ihrer Kinder kümmern.

In dem rechtzeitig zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes am 1. Januar 2007 vorgelegten Kommentar wird umfassend und systematisch die Neuausrichtung der familienpolitischen Leistungen dargestellt. Das Werk beschränkt sich nicht lediglich auf die Kommentierung des neuen Gesetzes. Eine **ausführliche Einführung** enthält insbesondere einen Überblick zum System des gegenwärtigen Familienlastenausgleichs/Familienleistungsausgleichs, beispielsweise im Bereich des Steuerrechts, des Vermögensbildungs-, Wohnungs- und Wohnungseigentumsrechts, des Unterhalts- und Ausbildungsförderungsrechts und des Sozialversicherungsrechts, sowie einen Überblick zum Inhalt des BEEG. **Synopsen** zeigen die Regelungen des neuen Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit im Vergleich zum bisherigen Bundeserziehungsgeldgesetz und umgekehrt. Aus den Synopsen wird auf einen Blick deutlich, dass das BEEG an eine Vielzahl von Regelungen des BERzGG anknüpft und diese teils wörtlich übernimmt oder teils mehr oder weniger abwandelt.

Das Grundwerk enthält außer der kompletten Kommentierung des BEEG den Abdruck **weiterer einschlägiger Gesetze** aus dem gesamten Bereich des Familienleistungsausgleichs wie MuSchG und BKGG. **Antragsformulare, Anleitungen zum Ausfüllen, Informationsblätter** und vieles andere mehr erleichtern die Anwendung des neuen Rechts in der Praxis. Schließlich werden dem Nutzer auch die **Materialien**, die in der ersten Zeit nach dem Inkrafttreten eines Gesetzes von besonderer Bedeutung sind, zur Verfügung gestellt.

Kommentiert wird das BEEG von Bernd Wiegand, Präsident des Hessischen Landessozialgerichts a. D. sowie Prof. Dr. Eberhard Jung. Beide Kommentatoren verfügen aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeiten in Rechtsprechung und Lehre über einschlägige und umfassende Erfahrungen mit allen familienpolitischen Fragestellungen. Sie sind als Fachkenner auch ausgewiesen durch die Kommentierung der ebenfalls im Erich Schmidt Verlag erschienenen Kommentare zum SGB IX. Eine fortlaufend zuverlässige Aktualisierung des Werkes ist uns ein ernsthaftes Anliegen.

Berlin, im Januar 2007

Bernd Wiegand
(Herausgeber)

Inhaltsübersicht

Vorwort zum Grundwerk
Inhaltsübersicht
Abkürzungsverzeichnis
Stichwortverzeichnis

Texte

BEEG – Gesetzesänderungsregister
BEEG – Gesetzestext
Richtlinien zum BEEG des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend (BMFSFJ/211)

Einführung zum BEEG

Synopsen

I. BEEG – BErzGG
II. BErzGG – BEEG

Kommentierung BEEG

Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG)

Abschnitt 1 Elterngeld

- § 1 Berechtigte
- § 2 Höhe des Elterngeldes
- § 2a Geschwisterbonus und Mehrlingszuschlag
- § 2b Bemessungszeitraum
- § 2c Einkommen aus nichtselbständiger Erwerbstätigkeit
- § 2d Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit
- § 2e Abzüge für Steuern
- § 2f Abzüge für Sozialabgaben
- § 3 Anrechnung von anderen Einnahmen
- § 4 Art und Dauer des Bezugs

Abschnitt 2 Betreuungsgeld

- § 4a Berechtigte
- § 4b Höhe des Betreuungsgeldes
- § 4c Anrechnung von anderen Leistungen
- § 4d Bezugszeitraum

Abschnitt 3
Verfahren und Organisation

- § 5 Zusammentreffen von Ansprüchen
- § 6 Auszahlung
- § 7 Antragstellung
- § 8 Auskunftspflicht, Nebenbestimmungen
- § 9 Einkommens- und Arbeitszeitchweis, Auskunftspflicht des Arbeitgebers
- § 10 Verhältnis zu anderen Sozialleistungen
- § 11 Unterhaltspflichten
- § 12 Zuständigkeit; Aufbringung der Mittel
- § 13 Rechtsweg
- § 14 Bußgeldvorschriften

Abschnitt 4
Elternzeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

- § 15 Anspruch auf Elternzeit
- § 16 Inanspruchnahme der Elternzeit
- § 17 Urlaub
- § 18 Kündigungsschutz
- § 19 Kündigung zum Ende der Elternzeit
- § 20 Zur Berufsbildung Beschäftigte, in Heimarbeit Beschäftigte
- § 21 Befristete Arbeitsverträge

Abschnitt 5
Statistik und Schlussvorschriften

- § 22 Bundesstatistik
- § 23 Auskunftspflicht; Datenübermittlung an das Statistische Bundesamt
- § 24 Übermittlung von Tabellen mit statistischen Ergebnissen durch das Statistische Bundesamt
- § 24a Übermittlung von Einzelangaben durch das Statistische Bundesamt
- § 25 Bericht
- § 26 Anwendung der Bücher des Sozialgesetzbuches
- § 27 Übergangsvorschrift

Anhänge zur Kommentierung

- Anhang Nr. 1: Antrag auf Elterngeld (Geburt bzw. Haushaltsaufnahme ab 1.7.2015) nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG –
- Anhang Nr. 2: Erklärung zum Einkommen zum Elterngeldantrag
- Anhang Nr. 3: Information zum Elterngeld und Hinweise zum Antrag für Geburt/Inobhutnahme ab 1.7.2015
- Anhang Nr. 4: Beilage zum Antrag auf Elterngeld (Bescheinungen der Ausländerbehörde, der Krankenkasse und des Arbeitgebers)
- Anhang Nr. 5: Erläuterungsblatt zum Bezugszeitraum

Bundesrecht**Gesetze und Verordnungen**

1. BErzGG – Bundeserziehungsgeldgesetz in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom 9. Februar 2004 (BGBl. I S. 205), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 8 des Gesetzes vom 5. Dezember 2006 (BGBl. S. 2748, 2756), ist am 31. Dezember 2008 außer Kraft getreten (Gesetz zur Einführung des Elterngeldes (BGBl. I S. 2748))
2. MuSchG – Mutterschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 2002 (BGBl. I S. 2318), zuletzt geändert durch Art. 6 des Pflege-Neuausrichtungsgesetzes (PNG) vom 23. Oktober 2012 (BGBl. I S. 2246)
3. MuSchEltZV – Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen des Bundes und die Elternzeit für Beamtinnen und Beamte des Bundes (Mutterschutz- und Elternzeitverordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 2009 (BGBl. I S. 320), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 18. 12. 2014 (BGBl. I S. 2325)
4. EltZSoldV – Verordnung über die Elternzeit für Soldatinnen und Soldaten (Elternzeitverordnung für Soldatinnen und Soldaten) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. November 2004 (BGBl. I S. 2855, 2856), zuletzt geändert durch Art. 5a des Gesetzes vom 13. 5. 2015 (BGBl. I S. 706)
5. MuSchSoldV – Verordnung über den Mutterschutz für Soldatinnen (Mutterschutzverordnung für Soldatinnen) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. November 2004 (BGBl. I S. 2858), zuletzt geändert durch Art. 6 der Verordnung zur Änderung von Vorschriften für Dienst zu wechselnden Zeiten vom 20. August 2013 (BGBl. I S. 3286, 3741)
6. BKGG – Bundeskindergeldgesetz in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom 28. Januar 2009 (BGBl. I S. 143 ff.), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16. 7. 2015 (BGBl. I S. 1202)
7. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Kündigungsschutz bei Elternzeit (§ 18 Abs. 1 Satz 4 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes) vom 3. Januar 2007

Landesrecht

Gesetze und Verordnungen

1. SächsLERzGG – Gesetz über die Gewährung von Landeserziehungsgeld im Freistaat Sachsen (Sächsisches Landeserziehungsgeldgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 60), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. 4. 2015 (SächsGVBl. S. 349)
2. ThürErzGG – Thüringer Erziehungsgeldgesetz vom 3. Februar 2006 (GVBl. S. 46), aufgehoben durch Gesetz vom 23. 6. 2015 (GVBl. S. 97)
3. BayLERzGG – Gesetz zur Neuordnung des Bayerischen Landeserziehungsgeldes (Bayerisches Landeserziehungsgeldgesetz) vom 9. Juli 2007 (GVBl. S. 442), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 196 der Verordnung vom 22. 7. 2014 (GVBl. S. 286)
4. BayBtGG – Bayerisches Betreuungsgeldgesetz vom 14. 6. 2016 (GVBl. S. 94), zuletzt geändert durch § 8 des Gesetzes vom 24. 7. 2018 (GVBl. S. 613, 627)
5. BayFamGG – Bayerisches Familiengeldgesetz vom 24. 7. 2018 (GVBl. S. 613, 622)

Materialien

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Elterngeldes vom 20. Juni 2006, BT-Drucks. 16/1889

Antrag der Abgeordneten Jörg Wunderlich, Karin Binder, Klaus Ernst, Diana Golze, Elke Reinke und der Fraktion DIE LINKE: Elterngeld sozial gestalten vom 20. Juni 2006, BT-Drucks. 16/1877

Empfehlungen der Ausschüsse für Familie und Senioren, für Frauen und Jugend und für Innere Angelegenheiten zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Elterngeldes vom 26. Juni 2006, BR-Drucks. 426/1/06

Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Elterngeldes vom 25. August 2006, BT-Drucks. 16/2454

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss) vom 27. September 2006 (BT-Drucks. 16/2785)

Änderungsgesetze

Änderungsgesetz Nr. 1:

Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union vom 19. August 2007 (BGBl. I S. 1970, 2008)

Änderungsgesetz Nr. 2:

Erstes Gesetz zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes vom 17. Januar 2009 (BGBl. I S. 61 f.)

Änderungsgesetz Nr. 3:

Dienstrechtneuordnungsgesetz (DNeuG) vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160, 271, 274f.)

Änderungsgesetz Nr. 4:

Gesetz über das Verfahren des elektronischen Entgeltnachweises (ELENA-Verfahrensgesetz) vom 28. März 2009 (BGBl. I S. 634, 642)

Änderungsgesetz Nr. 5:

Haushaltsbegleitgesetz 2011 (HBeglG 2011) vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1885, 1895)

Änderungsgesetz Nr. 6:

Gesetz zur Änderung des Beherbergungsstatistikgesetzes und des Handelsstatistikgesetzes sowie zur Aufhebung von Vorschriften zum Verfahren des elektronischen Entgeltnachweises vom 23. November 2011 (BGBl. I S. 2298, 2301)

Änderungsgesetz Nr. 7:

Gesetz zur Vereinfachung des Elterngeldvollzugs vom 10. September 2012 (BGBl. I S. 1878)

Änderungsgesetz Nr. 8:

Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung (Pflege-Neuausrichtungsgesetz – PNG) vom 23. Oktober 2012 (BGBl. I S. 2246)

Änderungsgesetz Nr. 9:

Gesetz zur Einführung eines Betreuungsgeldes (Betreuungsgeldgesetz) vom 15. Februar 2013 (BGBl. I S. 254)

Änderungsgesetz Nr. 10:

Gesetz zur Einführung des ElterngeldPlus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz vom 18. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2325)

Änderungsgesetz Nr. 11:

Gesetz zur Stärkung der Heil- und Hilfsmittelversorgung (Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz – HHVG) vom 4. April 2017 (BGBl. I S. 778)

Änderungsgesetz Nr. 12:

Gesetz zur Neuregelung des Mutterschutzrechts vom 23. Mai 2017 (BGBl. I S. 1228)

